

B-4

Titel Das Oktoberfest-Attentat von 1980 in die bayerischen Lehrpläne aufnehmen

Antragsteller*innen

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Das Oktoberfest-Attentat von 1980 in die bayerischen Lehrpläne aufnehmen

- 1 Die SPD- Fraktion im bayerischen Landtag hat letztes Jahr beantragt, dass das Oktoberfestattentat in die baye-
2 rischen Lehrpläne aufgenommen werden soll. Der bayerische Landtag hat dies mit einer Mehrheit aus CSU und
3 Freien Wählern abgelehnt. Wir sagen: Das ist ein Skandal. Unsere Forderung ist und bleibt:
- 4 Das rechtsterroristische Attentat auf das Münchner Oktoberfest vom 26.09.1980 wird in die Lehrpläne des
5 Freistaates Bayern aufgenommen.
- 6 Seit Jahrzehnten erinnern wir in München jedes Jahr gemeinsam mit der Münchner
7 Gewerkschaftsjugend, der SPD und anderen Parteien und der Stadtgesellschaft am 26.09. an das rechtsterro-
8 ristische Oktoberfest- Attentat. Das öffentliche Bewusstsein über den Anschlag und seine Hintergründe war
9 nie hoch und hat insbesondere unter jüngeren Menschen abgenommen. Lediglich 2020 gab es einige Auf-
10 merksamkeit: Das Attentat jährte sich zum 40. Mal und die
- 11 Bundesanwaltschaft hatte im Juni bestätigt, dass es sich bei dem Anschlag um einen rechten Terrorakt han-
12 delte, sodass in diesem Jahr zum ersten Mal ein Bayerischer Ministerpräsident und der Bundespräsident zur
13 Gedenkfeier kamen. Wir halten es für elementar wichtig, dass das Andenken an die Toten und Betroffenen
14 des größten Terroranschlags in der Bundesrepublik Deutschland sowie das Wissen um die rechtsterroristi-
15 schen Hintergründe, deren Kontinuitäten sich bis heute verfolgen lassen, fest im Bewusstsein der Bevölkerung
16 verankert wird. Nur so können zukünftig rechte Aktivitäten eingeschränkt und rechter Terror verhindert wer-
17 den. Gemeinsame Erinnerung und Wissen stärken unsere Demokratie in Zukunft. Daher ist höchste Zeit, das
18 Attentat in den bayerischen Schulunterricht aufzunehmen. Dabei müssen insbesondere sowohl der rechts-
19 terroristische Hintergrund, als auch die vielen Fehler der Ermittlungsbehörden und der Politik thematisiert
20 werden.

Antragsteller*innen

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: